

## „Die Unterzeichnung des Schuman-Plans“ in Le Monde (20. April 1951)

**Legende:** Am 20. April 1951 kommentiert die französische Tageszeitung Le Monde die Unterzeichnung des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die zwei Tage zuvor in Paris stattgefunden hat, und erinnert an die Schwierigkeiten, die zur Umsetzung des Schuman-Planes überwunden werden müssen.

**Quelle:** Le Monde. 20.04.1951, n° 1940; 8e année. Paris: Le Monde. "La signature du plan Schuman", p. 1.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/die\\_unterzeichnung\\_des\\_schuman\\_plans\\_in\\_le\\_monde\\_20\\_april\\_1951-de-8d57581c-a3e1-4429-ba51-4774ae39522c.html](http://www.cvce.eu/obj/die_unterzeichnung_des_schuman_plans_in_le_monde_20_april_1951-de-8d57581c-a3e1-4429-ba51-4774ae39522c.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Die Unterzeichnung des Schuman-Plans

Von Robert Schuman am 9. Mai 1950 angekündigt, wurde der nach ihm benannte Plan für eine europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gestern in Paris unterzeichnet. Er muss innerhalb von sechs Monaten von den Parlamenten verabschiedet werden, was nicht ganz einfach sein wird: Es war bereits die Rede von den Schwierigkeiten, die Bundeskanzler Adenauer in Deutschland erwarten. Aber was wird in Frankreich passieren, wenn eine neue Versammlung abstimmen soll, deren Zusammensetzung und Tendenzen nicht vorherzusagen sind?

Nach einem Jahr teilweise delikater Verhandlungen kann man nicht sagen, dass alles entsprechend den anfänglichen Hoffnungen verlaufen ist. Die Marktsituation von Kohle und Stahl hat sich verändert, wodurch auch die Haltung der Hersteller nicht mehr die gleiche ist. In den meisten Ländern waren sie eher reserviert, was die Arbeiterwelt nicht davon abgehalten hat, es ihnen gleich zu tun. Der Argwohn, die Einzelinteressen sind zu Tage getreten, wie es zu erwarten war. Es bleibt zu hoffen, dass die Verständigung und die Harmonie sich bei denen einstellen werden, die zusammenarbeiten werden.

Die Hohe Behörde soll genau dabei behilflich sein. Bei ihr handelt es sich um ein französisches Konzept, das Herr Monnet mit viel Energie und Geschick zu verteidigen wusste. Auch wenn es sich letztendlich durchsetzen konnte, wurde es im Laufe der Verhandlungen seiner Originalität teilweise beraubt. Die beitretenden Länder wollten sie nur in Verbindung mit einem Ministerrat, einer parlamentarischen Versammlung und einem Gerichtshof akzeptieren, die alle eine Einschränkung der Befugnisse dieser Behörde bedeuten. Der Widerstand gegen eine supranationale Souveränität war bis in die Debatten über die Anzahl der Mitglieder zu spüren. Frankreich und Deutschland wollten sie auf fünf reduzieren, was bedeutet hätte, dass nicht alle sechs Länder vertreten gewesen wären: Damit wollte man unterstreichen, dass diese Mitglieder keine Entsandten ihres Ursprungsland wären. Schließlich musste man sich auf neun Mitglieder einigen.

Eine Schwierigkeit tauchte bezüglich des Saarlandes auf. Die saarländische Regierung wollte direkt vertreten sein und den Plan sogar mit unterzeichnen. Die Bundesregierung war dagegen und führte ins Feld, dass sie die Regierung von Herrn Hoffmann niemals anerkannt habe. Schließlich kam man überein, dass Kohle und Stahl aus dem Saarland für Frankreich in die europäische Gemeinschaft einbezogen würde, da das Land wirtschaftlich an Frankreich gekoppelt ist. In der parlamentarischen Versammlung überlässt Frankreich den Saarländern drei seiner achtzehn Mandate. In einem Briefwechsel erklären die französische und die deutsche Regierung, dass jede an ihrem Standpunkt festhalte, gleichzeitig aber den des anderen anerkenne. Die Saarfrage soll endgültig durch den Friedensvertrag geregelt werden.

Diese Lösung scheint vorerst zufrieden stellend. Nichts weist jedoch darauf hin, dass das immer der Fall sein wird. Die Wirbel, die kürzlich in der Innenpolitik des Saarlandes entstanden sind, die für 1952 geplanten Wahlen könnten den Optimismus des Herrn Adenauer Lügen strafen.

Wenn es nicht in den Parlamenten zu einem Zwischenfall kommt, sollte mit der Umsetzung des Schuman-Plans ein historisches Experiment beginnen. Es mag seine Schwachstellen haben. Bestimmte Interessen dafür und dagegen werden manifest, und es wäre beispielsweise spannend zu wissen, wer nach der Zerschlagung der deutschen Stahlkartelle schließlich die wahren Besitzer sein werden. Aber die Tatsache, dass sechs Länder zur Zusammenarbeit entschlossen sind, ist noch wichtiger als die Zusammenlegung ihrer Grundindustrien. Wie die Verfasser des Plans betonen, muss er der erste Schritt in Richtung einer europäischen Gemeinschaft sein, die sich nicht mehr ausschließlich auf Kohle und Stahl beschränkt.